

CDU-Fraktion im Rat der Stadt Köln
SPD-Fraktion im Rat der Stadt Köln
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Kölner
Rat
FDP-Fraktion im Rat der Stadt Köln

An den
Vorsitzenden des
Rates

Herrn
Oberbürgermeister Fritz Schramma

Eingang beim Amt des Oberbürgermeisters: 24.06.2008

AN/1394/2008

Änderungs- bzw. Zusatzantrag gem. § 13 der Geschäftsordnung des Rates

| Gremium | Datum der Sitzung |
|----------------|--------------------------|
| Rat | 24.06.2008 |

Keine "Anti-Islamveranstaltung" in Köln (TOP 2.1.2)

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

die Antragsteller möchten Sie bitten, folgenden Änderungsantrag zum Antrag „Keine Anti-Islamveranstaltung in Köln“ der Fraktion Die Linke und Ratsmitglied Müser (TOP 2.1.2) in die Tagesordnung der Ratssitzung am 24. Juni 2008 aufzunehmen.

Der vorliegende Ratsantrag wird durch folgende Entschließung des Rates der Stadt Köln ersetzt:

Gemeinsam sind wir Köln!

Der Rat der Stadt Köln nimmt mit Bestürzung und Sorge zur Kenntnis, dass rechtsextreme Kräfte unter dem Titel „Nein zur Islamisierung – Nein zur Kölner Großmoschee“ am 19. und 20. September 2008 einen „internationalen Kongress“ in Köln veranstalten wollen, an dem u.a. auch führende Personen der rechtsextremen Szene aus Frankreich, Großbritannien und Belgien teilnehmen sollen. Die Veranstalter und angekündigte Referenten sind bekannt dafür, dass sie öffentlich rassistische Propaganda verbreiten, die sich nicht nur gegen hier lebende Muslime richtet.

Der Rat der Stadt Köln begrüßt daher die Initiative demokratischer Kräfte, die sich unter dem Aufruf „Wir stellen uns quer: Europäische Rassisten haben in Köln keinen Platz! Gemeinsam sind wir Köln!“ versammeln.

Die Stadt Köln gehört dem Städtebündnis gegen Rassismus an und wird daher nicht tatenlos zusehen, dass Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt diskriminiert und diffamiert werden.

Rat und Verwaltung setzen sich dafür ein, dass ein diskriminierungsfreies, friedliches, tolerantes und die Religionsfreiheit achtendes Zusammenleben in unserer Stadt gewahrt bleibt.

Der Rat unterstützt Verwaltung und Polizeibehörden darin, alle rechtlichen Möglichkeiten auszuschöpfen, die dazu beitragen, dass diese Veranstaltung in Köln unterbleibt. Die Stadt Köln und stadtbeteiligte Unternehmen werden im Rahmen ihrer rechtlichen Möglichkeiten keine Räumlichkeiten zur Verfügung stellen. Die privaten Vermieter von Veranstaltungsräumlichkeiten fordert der Rat auf, ebenso zu verfahren.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Josef Müller
CDU-Fraktionsgeschäftsführer

gez. Michael Zimmermann
SPD-Fraktionsgeschäftsführer

gez. Jörg Frank
GRÜNE-Fraktionsgeschäftsführer

gez. Ulrich Breite
FDP-Fraktionsgeschäftsführer